



Sandra Selg, Fraktionsvorsitzende SWG
Ziegelofenweg 7, 67346 Speyer

Sandra.Selg@swg-speyer.de
www.swg-speyer.de

Herrn Oberbürgermeister Eger
Maximilianstr. 100
67346 Speyer

5.11.2018

Anfrage und Antrag für den 15.11.2018 - neues Kitagesetz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Eger,

am 19. September 2018 hat das Bundeskabinett den Entwurf für das Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung beschlossen. Bereits im Juni 2018 hat das rheinland-pfälzische Bildungsministerium den Entwurf eines neuen Kita-Gesetzes vorgestellt. Dieser Gesetzentwurf verändert unter anderem die Personalbemessung und Finanzierung und ist geprägt durch Vorgaben des Finanzministeriums zu Lasten der Kommunen. Die bereitgestellten Finanzmittel des Landes reichen aus Sicht der Speyerer Wählergruppe nicht aus, um qualitativ hochwertige Bildungs- und Erziehungsarbeit zu leisten. Beispielsweise soll sich die Personalberechnung demnach künftig nicht mehr an Gruppen, sondern an durchschnittlich genehmigten Plätzen orientieren. Außerdem werden die Zweijährigen Teil der Regelgruppe, die bisherige Regelung der Aufstockung um 0,25 bzw. 0,5 Stellenanteile bei bis zu sechs Zweijährigen in der Gruppe entfällt.

Nach dem Gesetzentwurf bleibt es Verhandlungssache zwischen dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe und dem Träger der freien Jugendhilfe, in welcher Höhe sich der Kita-Träger an den Bau- und Betriebskosten einer Kindertagesstätte beteiligen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass sich die freien Kita-Träger weiter aus der finanziellen Verantwortung zurückziehen und die Trägerschaft nur übernehmen, wenn die Bau-, Betriebs- und Personalkosten durch die Kommune übernommen werden.

Außerdem werden die Kita-Träger in kommunaler Trägerschaft bei den Zuweisungen des Landes finanziell schlechter gestellt als Kita-Träger in freier Trägerschaft. Diese Ungleichbehandlung ist nicht nachvollziehbar.

Das Land wirbt für seinen Gesetzentwurf mit folgenden Punkten:

1. Bei uns stehen die Kinder ganz klar im Mittelpunkt!
2. Rheinland-Pfalz ist Vordenker und Vorbild bei der frühkindlichen Bildung!
3. Die Eltern im Blick!



4. Die Träger und Jugendämter entlasten wir!
5. Wir stärken die Kita-Teams und lassen Erzieherinnen und Erzieher nicht alleine!

Wir bitten die Verwaltung in der Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen, ob die Darstellung des Landes aus Sicht der Verwaltung zutrifft.

Sollte der Gesetzentwurf dazu führen, dass die bereitgestellten Finanzmittel des Landes nicht ausreichen um qualitativ hochwertige Bildungs- und Erziehungsarbeit zu leisten, so dass die Kommunen und Kita-Träger Finanzmittel bereitstellen müssen, so bitten wir den Rat eine Resolution an den Landesgesetzgeber zu richten, die Kommunen mit den erforderlichen Finanzmitteln auszustatten.

Mit freundlichen Grüßen

Sandra Selg (Fraktionsvorsitzende) und Dr. Sarah Mang-Schäfer (stellv. Fraktionsvorsitzende)

eingegangen per E-Mail